

Antrag auf Erteilung bzw. Abänderung einer Zustimmungserklärung

Antragsteller

Name/Firma	UID-Nr.: ATU _____	Tel.
Anschrift		Fax

Grundstücks(mit)eigentümer

Name/Firma	Tel.
Anschrift	Fax

Als Eigentümer/Miteigentümer/Bestandnehmer/Nutzungsberechtigter des (der) Grundstücke(s) beantrage ich unter ausdrücklicher Anerkennung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen in der geltenden Fassung die

- Erteilung
 - Abänderung
- einer Zustimmungserklärung

durch den RHV Trattnachtal als Kanalisationsunternehmen gemäß § 32 b WRG 1959 idgF sowie der zuständigen Gemeinde als Betreiberin des öffentlichen Kanalnetzes für die Einleitung von

betrieblichen Abwässern

aus der folgenden und oben bezeichneten Grundstück(en) gelegene Betriebsanlage.

Betriebsanlage

Bezeichnung/Art des Objektes	
Anschrift	
Grundstücksnummer(n)	KG
Objekts(Bauwerks)eigentümer ²	Tel.
Anschrift	Fax
Verantwortlicher und Ansprechpartner in der Betriebsanlage	Tel

Art und Umfang der Abwässer

für betriebliche Abwässer, deren Beschaffenheit mehr als nur geringfügig von der des häuslichen Abwassers abweicht (§ 32b Abs. 2 WRG 1959 idgF)

Branche:

Herkunft der Abwässer und Umfang:

Arbeitszeiten		von	bis		von	bis
	Mo			Di		
Mi			Do			
Fr			Sa			
So						

Zahl der Beschäftigten am Betriebsstandort:

Anmerkungen(z.B. Änderungsgrund):

Wasserversorgung:

	Wasserbezug		Bemerkungen
	m ³ /d	m ³ /a	
Öffentl. Wasserversorgung			
Eigenwasserversorgung(1)			

¹ Bei Grundwasserentnahme von Brunnen oder Quellen:

Wasserrechtl. Bewilligung (Behörde/Zahl) :

Befristung:

Maß der Wasserbenutzung (l/s, m³/d, m³/a)

Bei der Einleitung von betrieblichen Abwässern, deren Beschaffenheit mehr als nur geringfügig von der des häuslichen Abwassers abweicht (§ 32b Abs, 2 WRG 1959 idgF), ist ein Projekt in 3 facher Ausfertigung entsprechend den in den Beilagen näher beschriebenen Anforderungen beizulegen.

Das Rechtsverhältnis zwischen dem Reinhaltverband Trattnachtal als Kanalisationsunternehmen gem. § 32b WRG 1959 und der Gemeinde als Betreiber des öffentlichen Kanalisationsnetzes einerseits und dem Indirekteinleiter (Antragsteller) andererseits wird im Detail durch die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) für die Indirekteinleitung sowie die in der Gemeinde geltenden Bestimmungen über die Kanalanschluss- und Benützungsgebühren geregelt, welche verbindliche Bestandteile der Zustimmungserklärung bilden.

Der Antragsteller bestätigt mit seiner Unterschrift, dass ihm die Allgemeinen Geschäftsbedingungen für die Indirekteinleitung sowie die in der Gemeinde geltende Kanalgebührenordnung ausgefolgt wurden und er diese zustimmend zur Kenntnis genommen hat.

....., am

.....
(Antragsteller)

....., am

.....
(Grundstücks- Objekteigentümer)

Projektanforderungen

für die Einleitung **betrieblicher Abwässer**, deren Beschaffenheit **nicht nur geringfügig** von der des häuslichen Abwassers abweicht. (§ 32b Abs. 2 WRG 1959)

Technischer Bericht

1 Allgemeines

- Beschreibung des Vorhabens (z.B. Art, Zweck, Umfang, Dauer, Anlaß)
- Angaben über wasserrechtliche Bewilligungen und Zustimmungserklärungen im Zusammenhang mit der Einleitung über die der Antragsteller bereits verfügt.
- Hinsichtlich der in Anspruch genommenen Grundstücke, Angaben über betroffene Grundeigentümer und deren Zustimmungserklärung
- Beschreibung des Produktionsablaufes, soweit dieser auf die betriebliche Abwasserbeseitigung einen Einfluß hat.

2 Abwassertechnik

- Beschreibung der anfallenden Abwässer bzw. der Teilströme
 - a) Allgemeine Angaben zu den häuslichen Abwässern
 - b) Angaben je Teilstrom (Anfallsstelle):
 - Bezeichnung der Anfallsstelle(n)
 - Menge
 - Zusammensetzung (gegebenenfalls Analyse)
 - Zuordnung zum System der Abwasseremissionsverordnungen
 - Es ist der Stand der Technik der jeweiligen Abwasseremissionsverordnung in Bezug auf den Teilstrom darzustellen.
- Beschreibung der zum Schutz der Kanalisation vorgesehenen Maßnahmen, insbesondere Vorreinigungs- und Rückhaltemaßnahmen sowie der betriebseigenen Kanalisation (Trennung in häusliche Abwässer und betriebliche Abwässer)
- Beschreibung der Niederschlagswasserentsorgung
- Angaben über die Einleitstelle in die öffentliche Kanalisation (z.B. Lage, Profil, Rohrmaterial udgl.)
- Störfallvorsorge: Hier ist auf die Vermeidung unkontrollierter Abwasserableitungen und auf Maßnahmen zur Sicherung der Funktionsfähigkeit der Abwasserbeseitigungs- und Sicherungssysteme Bedacht zu nehmen.

3 Ver/Entsorgung und Lagerung

- Angaben, wie die Wasserversorgung erfolgt (zB. Ortswasserleitung, eigener Brunnen oder Quelle) mit Angaben über den durchschnittlichen Wasserverbrauch je Versorgungsart (bei wasserrechtlich bewilligten Wasserentnahmen auch die bewilligte Höchstmenge).
- Angaben über die Abfallentsorgung der bei der Abwasserreinigung anfallenden Abfälle samt allfälligen Vermeidungs-, Verwertungs- und Entsorgungsmaßnahmen.
- Angaben über abwasserrelevante Stoffe insbesondere Roh-, Hilfs- und Zusatzstoffe, und deren Einsatz in kg/Jahr (Sicherheitsdatenblätter).

4 Überwachungsgegebenheiten

- Beschreibung der in Hinblick auf die Einhaltung des Einleitungsantrages (Pkt.5) vorgesehenen Überwachung, Probenahmestellen, Art der Probenahme udgl.

5 Einleitungsantrag

- Konsensantrag in qualitativer und quantitativer Hinsicht unter Angabe der einzubringenden Stoffe, der Frachten und der Abwassermengen.
- Beim Einleitungsantrag ist der gegenwärtige und zukünftige Bedarf sowie der Stand der Technik der Abwasserreinigung, das Gebot des sparsamen Wassereinsatzes, der Teilstrombehandlung sowie das Verdünnungsverbot zu berücksichtigen. Weiters ist auf die Abwasseremissionsverordnungen zum Wasserrechtsgesetz Bedacht zu nehmen.
- Allfällige Variantenuntersuchungen samt Erläuterungen der damit verbundenen Vor- und Nachteile.

Planunterlagen

1 Übersichtsplan

- Übersichtsplan der gesamten Betriebsanlage mit Darstellung der Kanäle bis zur Einleitung in das öffentliche Kanalisationsnetz. Darstellung des Bestandes, der geplanten Maßnahmen und der aufzulassenden Anlageteile durch farbige Kennzeichnung:
 - braun/häusliche Abwässer
 - rot/betriebliche Abwässer
 - blau/nicht oder nur gering verunreinigte Niederschlags- und Kühlwässer (z.B. zum Sickerschacht)
 - grün/ mehr als gering verunreinigte Niederschlags- und KühlwässerDarstellung der Rohrleitungen und Kanäle mit Angaben über Gefälle, Durchmesser und Werkstoff

2 Detailpläne

- Falls aus dem Übersichtsplan nicht gut ersichtlich Detailpläne mit:
 - Darstellung der Abwasseranfallstellen mit Bezeichnung dieser Betriebsbereiche bzw. Produktionsbereiche (Teilströme)
 - örtliche Situierung von Vorreinigungsanlagen und Angabe der damit vorgereinigten Teilströme (Typenblätter und/oder Planskizze)
 - Verfahrensschema mit Angabe der Behältervolumen und Inhalte (Art, Menge)
 - Situierung von Messstellen

Allgemeine Hinweise:

- das Projekt ist vom Antragsteller und vom Verfasser zu unterzeichnen.
- Das Projekt ist in dreifacher Ausfertigung gemeinsam mit dem Antragsformular beim zuständigen Gemeindeamt einzureichen.
- Die privatrechtliche Zustimmung des Kanalisationsunternehmens im Sinne § 32b WRG 1959 ersetzt keine allenfalls erforderlichen behördlichen Verfahren ! (insbesondere wasser-, bau- oder gewerberechtliche Bewilligungen).